

A19 Zeitenwende endlich auch finanzpolitisch umsetzen: Schuldenbremse reformieren, Investitionen vorantreiben

Antragsteller*in: Bruno Hönel (KV Lübeck)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Teil I

2 Der Landesparteitag stellt fest:

3 Deutschland ist die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt und die größte
4 Volkswirtschaft in Europa. Im Vergleich mit anderen Industriestaaten hat
5 Deutschland mit aktuell ca. 64% eine niedrige Schuldenquote. Innerhalb der G7-
6 Staaten gibt es außer Deutschland kein Land mit einer Schuldenquote von unter
7 100%, Japan liegt gar bei ca. 260%, der europäische Durchschnitt bei der
8 Schuldenstandsquote liegt bei 83%. Im nationalen historischen Vergleich hatte
9 Deutschland im Jahr 2010 infolge der Finanzkrise eine Schuldenquote von über 80%
10 und damit eine deutlich höhere Schuldenquote als heute. Dieser Trend einer seit
11 2010 sinkenden Schuldenquote setzt sich aktuell fort und wird unter
12 konservativen Annahmen von 1% realem Wachstum und 2% Inflation pro Jahr
13 voraussichtlich bis 2040 auf 40% sinken, trotz der kurzen Unterbrechung durch
14 die fiskalische Expansion im Zuge der Corona Pandemie. Auch die Zinskosten für
15 10-jährige Bundesanleihen haben sich nach einem Anstieg seit Beginn des Jahres
16 2022 wieder abgesenkt und liegen aktuell bei knapp über 2%. In den Jahren vor
17 2022 waren die Zinsen gar negativ, Deutschland hat also Geld dafür bekommen,
18 sich Geld zu leihen. Im Vergleich mit anderen Industriestaaten kann Deutschland
19 sehr günstig Kredite aufnehmen. So liegen beispielsweise die Zinskosten für die
20 USA aktuell bei ca. 4%.

21 Trotz der vergleichsweise sehr soliden Staatsfinanzen und der nicht in Zweifel
22 gezogenen Tragfähigkeit deutscher Schulden gibt es massive Investitionsbedarfe
23 in die Infrastruktur, das Bildungssystem, die Digitalisierung und die
24 Transformation der deutschen Wirtschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität. In den
25 2010er-Jahren wurden die Investitionen in die deutsche Infrastruktur
26 vernachlässigt. Allein um den staatlichen Investitionsstau aufzuholen, müssten
27 nach einer Schätzung aus 2019 ca. 460 Mrd. € zusätzlich über einen Zeitraum von
28 10 Jahren investiert werden. Die KfW schätzte im Jahr 2022 die Bedarfe an
29 gesamtwirtschaftlichen Klimaschutzinvestitionen (öffentlicher und privater
30 Sektor) auf eine Höhe von insgesamt rund 5 Billionen EUR bis Mitte des
31 Jahrhunderts. Dies sind knapp 200 Mrd. EUR jährlich an gesamtwirtschaftlichen
32 Klimaschutzinvestitionen. Da der Anteil an staatlichen Investitionen ca. 10
33 Prozent beträgt, werden allein die öffentlichen Investitionsbedarfe zur
34 Erreichung der Klimaneutralität in Deutschland bis 2045 auf knapp 500 Mrd. EUR
35 geschätzt. Öffentliche Investitionen hebeln private Investitionen und geben
36 Planungssicherheit. Durch die Transformation hin zur Klimaneutralität werden die
37 Investitionsbedarfe - zusätzlich zu denen, die bereits heute durch fehlende
38 Investitionen in der Vergangenheit bestehen - also noch einmal deutlich erhöht.

39 Die Folgen von ausbleibenden Investitionen spüren wir bereits heute. Als
40 Beispiel für eine marode Infrastruktur gelten neben der Deutschen Bahn und ihrem
41 kaputt gesparten Schienennetz auch die maroden Autobahnbrücken. Auch bei der

42 Digitalisierung hinken wir hinterher. Der Anteil von Glasfaseranschlüssen in
43 Deutschland liegt bei 10% und damit weit unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten
44 von 41%. Außerdem gibt es weiterhin Teile Deutschlands, die über keinen oder nur
45 unzureichenden Mobilfunkempfang verfügen. Ähnlich verhält es sich bei den Themen
46 innere und äußere Sicherheit. Die Bundeswehr ist mit ihrer aktuellen Ausstattung
47 nur eingeschränkt einsatzbereit. Investitionen in Cybersicherheit, Polizei- und
48 Zollbehörden sowie die Infrastruktur der Zukunft wie Netzausbau und
49 Wasserstoffwirtschaft wurden systematisch vernachlässigt. Die letzten PISA-
50 Ergebnisse und weitere Erhebungen zur Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems
51 haben uns zudem ein schlechtes Zeugnis ausgestellt und besorgniserregende Trends
52 offenbart. Verglichen mit vielen europäischen Nachbarn gibt Deutschland deutlich
53 weniger für Bildung aus: 5,12 % des BIP (2020) im Gegensatz zu Schweden (7,34
54 %), Dänemark (6,86 %) oder Belgien (6,71 %). Lägen unsere Investitionen in
55 Bildung auf dem schwedischen Niveau, müsste Deutschland jährlich rund 90
56 Milliarden Euro mehr als bisher ausgeben. Gerade Deutschland als drittgrößte
57 Volkswirtschaft der Welt, deren Erfolg als rohstoffarmes Land erheblich von
58 klugen und gut ausgebildeten Köpfen abhängt, hat investiv massiven
59 Nachholbedarf. Diese Liste ließe sich weiter fortführen.

60 Wenn wir wichtige Zukunftsinvestitionen weiterhin hinauszögern, stehen die
61 Resilienz unserer Gesellschaft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit
62 unserer Volkswirtschaft auf dem Spiel. Andere Länder investieren enorm in
63 Zukunftstechnologien, die den Wohlstand von morgen sichern. Während die
64 Vereinigten Staaten mit dem Inflation Reduction Act ein 369 Milliarden Dollar
65 schweres Innovationspaket geschnürt haben, wirkt die deutsche Schuldenbremse als
66 Wachstums- und Investitionsbremse mit nachhaltig negativen Auswirkungen für
67 unsere Wettbewerbsfähigkeit. Im internationalen Wettbewerb können wir es uns
68 nicht leisten, uns in der Krise prozyklisch kaputt zu sparen.

69 Der Staat gibt viel Geld für Subventionen aus, die seinen Zielen entgegenstehen.
70 Allein die Höhe an klimaschädlichen Subventionen liegt im mittleren bis hohen
71 zweistelligen Milliardenbereich pro Jahr. Diese Subventionen fördern weiterhin
72 klimaschädliches Verhalten. Sie bewirken zudem, dass der CO₂-Preis nicht seine
73 volle Wirkung entfalten kann. Es gibt aber auch weitere Fehlanreize, die ein
74 Umsteuern in der Steuerpolitik nötig machen. So werden Löhne und Gehälter mit
75 Einkommensteuer und Sozialabgaben deutlich stärker belastet als leistungsloses
76 Einkommen aus Kapitalerträgen, auf das nur 25% Steuer erhoben werden. Auch im
77 Vergleich mit anderen reichen Ländern ist die Belastung von Arbeit sehr hoch. Um
78 für Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite Anreize zu setzen, muss dieses
79 Missverhältnis verringert werden, auch in Hinblick auf den Fachkräftemangel. Da
80 die Erbschaftsteuer direkt in die Haushalte der Länder fließt, kommt ihr zudem
81 bei der Finanzierung von Investitionen auf Landesebene eine hohe Bedeutung zu.

82 Länder und Kommunen sehen sich mit den beschriebenen Herausforderungen in
83 besonderem Maße konfrontiert. Einerseits besteht eine noch größere finanzielle
84 Einschränkung im Vergleich zum Bund, da praktisch keine Spielräume zur
85 Verbesserung der Einnahmen bestehen und die Schuldenbremse den Ländern keine
86 Nettokreditaufnahme über konjunkturellen Schwankungen hinaus ermöglicht.
87 Andererseits besteht auf der Landesebene (z.B. bei der (frühkindlichen) Bildung,
88 bei Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, dem Schienenverkehr,
89 Investitionen im Gesundheitswesen und der Transformation der Wirtschaft) und der
90 kommunalen Ebene (z.B. Zuwanderung, Infrastruktur) besonders großer
91 Finanzierungsbedarf. Es sind auch die Ebenen, auf denen die Menschen die

92 fehlenden Investitionen der Vergangenheit besonders spüren. Es ist eben
93 unmittelbar erfahrbar, wenn der ÖPNV nicht fährt oder die Schulklos nicht
94 funktionieren.

95 Notlagen, die ein Aussetzen der Schuldenbremse ermöglichen, enden leider nie am
96 31.12. des Jahres, in dem sie begannen. Krisen kennen kein Kalenderjahr. Dies
97 nicht im Regelwerk zu berücksichtigen, kann zu über Nacht wegbrechenden
98 Unterstützungsmaßnahmen führen.

99 Problematisch ist auch die Konjunkturbereinigung in ihrer aktuellen Form, da
100 sich die Potenzialschätzung nach der aktuellen Methodik bei großen Schocks an
101 den tatsächlichen BIP Verlauf anpasst und so die Spielräume für Kreditaufnahme
102 sinken.

103 Wir haben in Deutschland also nicht nur einen großen Investitionsstau angehäuft,
104 sondern auch enorme zusätzliche Investitionsbedarfe im Umfang von hohen
105 zweistelligen Milliardenbeträgen pro Jahr bis zur Mitte des Jahrhunderts.
106 Gleichzeitig haben wir eine extrem vorteilhafte Position am Kapitalmarkt, um
107 auch kreditfinanzierte Investitionen zu tätigen, die nicht nur hohe Renditen
108 erwarten lassen, sondern auch unsere Zukunftsfähigkeit sichern. Unsere aktuellen
109 Fiskalregeln lassen es nicht zu, sinnvolle Verschuldungsmöglichkeiten besser für
110 Investitionen zu nutzen. Auch die Länder und Kommunen, denen eine besondere
111 Rolle zukommt, können nur sehr eingeschränkt handeln. Auf Kosten einer übermäßig
112 zurückgeführten finanziellen Schuldenquote drohen massive Infrastruktur- und
113 Klimaschulden für kommende Generationen.

114
115 Um die Europäische Union bis spätestens 2050 klimaneutral, unsere Wirtschaft
116 global wettbewerbsfähig und unsere Infrastruktur moderner zu machen, müssen wir
117 europaweit in den nächsten Jahren mehrere hundert milliarden Euro investieren.
118 Gute öffentliche Infrastruktur, wie bspw. ins Schienen- oder Stromnetz, ist die
119 Grundlage für ein klimaneutrales Europa. Ohne verstärkte öffentliche
120 Investitionen, werden private Investitionen nicht folgen.

121 Daher setzt sich der Landesverband Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein
122 dafür ein, die notwendige Zeitenwende nun auch finanzpolitisch zu vollziehen.
123 Hierzu muss die Schuldenbremse zügig reformiert werden, um eine
124 Investitionsoffensive in die relevanten Zukunftsbereiche ermöglichen zu können.
125 Darüber hinaus müssen auch steuerliche Fehlanreize beseitigt und für mehr
126 Steuergerechtigkeit gesorgt werden.

127 Teil II

128 Der Landesparteitag beschließt,

129 Kreditfinanzierte Investitionen: Update der Schuldenbremse für eine zukunfts-
130 und generationengerechte Finanzpolitik

131 Zur Finanzierung der nötigen Zukunftsinvestitionen liegen zahlreiche Vorschläge
132 für eine Reform der Schuldenbremse aus der Breite der Gesellschaft auf dem
133 Tisch. Der Sachverständigenrat hat eine einstimmige Empfehlung vorgelegt und
134 selbst die CDU-Ministerpräsidenten zeigen sich offen für eine Reform der
135 aktuellen Schuldenregeln. Die Vorschläge reichen dabei von einer goldenen Regel
136 für Investitionen über eine Reform der Konjunkturkomponente bis zur Einführung
137 von Übergangsfristen nach Notsituationen.

138 Wir wollen eine ergebnisoffene Diskussion der Vorschläge, um einerseits
139 Deutschlands fiskalische Solidität zu gewährleisten und andererseits den Abbau
140 der Infrastruktur- und Klimaschulden zu ermöglichen. Nur ein Ausbalancieren
141 dieser Ziele ist auf Dauer generationengerecht. Aktuell liegt die Priorität
142 einseitig auf der fiskalischen Solidität, was eine unnötig starke und schnelle
143 Rückführung des Schuldenstandes auf Kosten von (Zukunfts-) Investitionen zur
144 Folge hat.

145 Wir werden uns daher im Bundestag und im Bundesrat dafür einsetzen, die
146 Schuldenbremse zügig zu reformieren und für die notwendigen
147 Zukunftsinvestitionen zu öffnen.

148 Für einen Deutschland-Investitionsfonds

149 Wir erneuern auch die Forderung nach einem Deutschland-Investitionsfonds für
150 Bund, Länder und Kommunen. Wir wollen gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen an
151 einem Strang ziehen und in Deutschland auch kreditfinanzierte Investitionen
152 mobilisieren, die langfristig abgesichert werden. Dies schafft
153 Planungssicherheit für die Transformationsprozesse, die durch den russischen
154 Angriffskrieg und die Klimakrise nötig sind. Für den Zusammenhalt und die
155 Akzeptanz in der Gesellschaft ist es wichtig, dass Schulen und Krankenhäuser
156 modern, Züge pünktlich und Wohnungen erschwinglich sind.

157 Finanzielle Spielräume auf Landesebene erweitern

158 Um Schleswig-Holstein kurzfristig zusätzliche Spielräume für Investitionen zu
159 ermöglichen, wollen wir den ursprünglich vorgesehenen Spielraum für die
160 strukturelle Neuverschuldung der Länder in der Schuldenbremse einführen und
161 Übergangsfristen nach Notsituationen schaffen. Es handelt sich dabei um eine
162 Anpassung der Schuldenregeln für Bund und Länder, die der politischen Realität
163 von Krisen Rechnung tragen würde. Außerdem wollen wir die Möglichkeit
164 zusätzlicher Investitionen durch Gründung landeseigener
165 Infrastrukturgesellschaften nutzen.

166 Aktuell erlaubt die Schuldenbremse den Ländern keine strukturelle
167 Neuverschuldung. Wir wollen die eigentlich vorgesehene - aber im Zuge der
168 Verhandlungen über die Ausgestaltung der Schuldenbremse im Jahr 2009
169 ausgeschlagene - strukturelle Neuverschuldung von bis zu 0,15% des BIP für die
170 Länder einführen. Ohne diese Verschuldungsmöglichkeit wird den Ländern die
171 Möglichkeit genommen, wichtige Investitionen zu tätigen. Zudem wird der
172 Spielraum für politische Entscheidungen, deren gesellschaftliche Renditen weit
173 über den zu zahlenden Zinskosten liegen, extrem eingeengt. Die Tragfähigkeit der
174 Landesfinanzen wird bei einer strukturellen Neuverschuldung dieser Größenordnung
175 in keiner Weise beeinträchtigt. Die grüne Landtagsfraktion als
176 regierungstragende Fraktion und die grünen Kabinettsmitglieder werden sich im
177 Parlament wie in der schleswig-holsteinischen Landesregierung dafür einzusetzen,
178 dass die schwarz-grüne Koalition eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den
179 Weg zu bringt.

180 Darüber hinaus wollen wir Übergangsregeln nach krisenbedingten Notsituationen
181 einführen. Eine Notsituation endet nicht am 31.12. eines Jahres, sondern läuft
182 mit der Zeit aus und beeinträchtigt auch die Folgejahre. Demzufolge braucht es
183 die Möglichkeit, im Anschluss an eine krisenbedingte Notlage auch in den
184 Folgejahren noch Notkredite aufzunehmen, deren Höhe schrittweise reduziert wird.

185 Damit wäre es möglich, ohne erneut eine Notlage erklären zu müssen Krisenfolgen
186 effektiv weiter zu bekämpfen und zu einer Rückkehr zur Normalität ohne harte
187 Landung zu kommen.

188 Solange die Schuldenbremse noch nicht reformiert ist, ist es richtig, die
189 vorhandenen Verschuldungsmöglichkeiten aktiv zu nutzen. Das Land befindet sich
190 aufgrund der multiplen Krisen und der Maßnahmen zu Bekämpfung nach wie vor in
191 einer finanziellen Notlage befindet. Daher ist es konsequent, dass der Landtag
192 beschlossen hat, auch 2024 mit Notkrediten zu arbeiten. Unser Ziel ist es, das
193 Land weiterhin gut durch die Krisenjahre zu führen und finanzielle Zusagen die –
194 aus Notkrediten finanziert - an die Kommunen gemacht wurden, einzuhalten. Mit
195 den Maßnahmen werden u.a. Krankenhäuser gestärkt, der Ausbau der
196 Schulinfrastruktur und der Ganztagsbetreuung vorangebracht, der ÖPNV unterstützt
197 und die Wärmewende in den Kommunen vorangetrieben. Dass die SPD diese
198 ursprünglich gemeinsam beschlossenen. Maßnahmen nicht mehr mitträgt und
199 gemeinsam mit der FDP eine Klage gegen den Notkredit 2024 prüft, ist ein nicht
200 nachvollziehbarer Kurswechsel der Sozialdemokraten und wird der derzeitigen
201 Verantwortung in Zeiten multipler Krisen nicht gerecht.

202 Investitionen ankurbeln - Gründung landeseigener Infrastrukturgesellschaften

203 Ein weiterer Hebel für zusätzliche Investitions- und Verschuldungsspielräume der
204 Länder sind Infrastrukturgesellschaften im Landesbesitz. Ähnlich wie Defizite
205 der Sozialversicherungen nicht dem Bund und Defizite der Kommunen nicht den
206 Ländern zugerechnet werden, werden Defizite selbstständiger (privat- oder
207 öffentlich-rechtlicher) Einheiten nach Art. 109 Abs. 3 GG nicht der Verschuldung
208 des Landes (oder des Bundes) zugerechnet, wenn sie über eigene Sachaufgaben
209 verfügen. Für die tatsächliche Ausgestaltung einer Infrastrukturgesellschaft
210 sind rechtliche, finanzpolitische und organisatorische Fragen zu klären. Wir
211 wollen daher, dass die Landesregierung ein Konzept entwickelt für zusätzliche
212 Finanzspielräume durch die Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur und anderer
213 Investitionen in landeseigenen Infrastrukturgesellschaften.

214 Investitionsspielräume der Kommunen erhöhen

215 Ein großer Teil der Investitionen für Klimaschutz, Verkehr, Bildung und
216 Kinderbetreuung werden auf kommunaler Ebene entschieden und dort (mit-
217)finanziert. Für die Kommunen gibt es bisher keine Schuldenbremse. Allerdings
218 müssen kommunale Investitionskredite von der Kommunalaufsicht nach
219 finanzpolitischen Regeln über deren dauerhafte Leistungsfähigkeit genehmigt
220 werden. Diese Regeln sind in Schleswig-Holstein so gestaltet, dass sie die
221 finanziellen Spielräume der Kommunen einschränken. Wir wollen daher die
222 Gemeindehaushaltsverordnung und den erläuternden Erlass überarbeiten mit dem
223 Ziel einer Anpassung der Genehmigungsfähigkeit von kommunalen
224 Investitionskrediten an das, was für eine langfristig finanzierbare
225 Haushaltspolitik auch tatsächlich notwendig ist.

226 Für eine gerechtere Steuerpolitik: Große Vermögen konsequent besteuern,
227 Einkommen entlasten

228 Die Steuerpolitik ist Fundament staatlicher Investitionen. Um diese zu
229 ermöglichen, wollen wir große Vermögen besser besteuern, Lücken in der
230 Besteuerungspraxis schließen und Finanzkriminalität stärker bekämpfen.
231 Gleichzeitig wollen wir kleine und mittlere Einkommen entlasten.

232 Die Vermögensungleichheit ist in Deutschland besonders hoch. Während die ärmere
233 Hälfte der BürgerInnen praktisch kein Vermögen hat, besitzen die reichsten 10%
234 mehr als doppelt so viel wie die restlichen 90%. Damit liegt Deutschland im
235 internationalen Vergleich in der Spitzengruppe.

236 Im Steuersystem spielen vermögensbezogene Steuern jedoch kaum eine Rolle: Die
237 Erbschafts- und Schenkungssteuer macht ca. 1% des Steueraufkommens aus, eine
238 Vermögenssteuer gibt es nicht. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass Arbeit einen
239 besonders hohen Anteil an der Steuerlast tragen muss. Auch hier ist Deutschland
240 im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe. Dabei mindert eine starke
241 Belastung von Arbeit die Produktivität einer Volkswirtschaft, da viele
242 ArbeitnehmerInnen weniger arbeiten, als sie eigentlich wollen.

243 Hier wollen wir gegensteuern: Vermögensbezogene Steuern sollen in Zukunft eine
244 größere Rolle spielen; Arbeit wollen wir entlasten. Hier hat die Vermögens- und
245 Erbschaftssteuer eine besondere Relevanz. Dieser wird sie in ihrer aktuellen
246 Form allerdings nicht gerecht, Reformen sind daher dringend notwendig. Da die
247 Einnahmen aus der Schenkungs- und Erbschaftssteuer den Ländern zukommen, stärkt
248 eine Reform insbesondere die Spielräume der Länder.

249 Die Erbschaftssteuer fairer gestalten

250 Die Erbschafts- und Schenkungssteuer besteuert die Weitergabe von besonders
251 großen Vermögen. Mit hohen Freibeträgen wird sichergestellt, dass
252 durchschnittliche Erbschaften steuerfrei bleiben. Auch selbstgenutztes
253 Wohneigentum kann weitestgehend steuerfrei verschenkt oder vererbt werden.
254 Dieses Prinzip wollen wir beibehalten.

255 Die Erbschaftssteuer ist jedoch ein Flickenteppich an Ausnahmen, die ungerecht
256 sind und zu Mindereinnahmen führen. Ein Beispiel dafür ist die
257 Verschonungsbedarfsprüfung bei der Vererbung von Unternehmensanteilen, die es
258 den Empfängern ermöglicht, ihre Steuerlast zu reduzieren. Dies führt zu dem
259 widersinnigen Effekt, dass der Steuersatz auf die größten Erbschaften niedriger
260 ist als auf durchschnittliche Erbschaften.

261 Wir setzen uns für eine konsequente Vereinfachung der Schenkungs- und
262 Erbschaftssteuer ein. Ausnahmen und Steuerprivilegien für Multimillionenerben
263 gehören abgeschafft. Um die Weitergabe von Unternehmen nicht zu behindern,
264 sollen weitreichende Stundungsmöglichkeiten geschaffen werden, die die
265 steuerliche Belastung über viele Jahre verteilen können.

266 Kleine und mittlere Einkommen steuerlich entlasten, Spitzensteuersatz erhöhen

267 Wir wollen die große Mehrheit der Erwerbstätigen bei der Einkommensteuer
268 entlasten. Dazu wollen wir den Tarifverlauf so anpassen, dass den Verdienenden
269 kleiner und mittlerer Einkommen mehr Netto vom Brutto bleibt. Diese Entlastung
270 finanzieren wir durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes für die höchsten
271 Einkommen, so wie es auch der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten
272 2022/23 empfohlen hat. Dadurch stärken wir die meisten Haushalte angesichts nach
273 wie vor hoher Preise; gleichzeitig stellen wir sicher, dass Gutverdienende einen
274 angemessenen Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

275

276

277 Die EU finanziell handlungsfähig machen.

278 Auf europäischer Ebene fordern wir eine investitionsfreundliche Reform des

279 Stabilitäts- und Wachstumspakts (EU Schuldenregeln) um allen EU Mitgliedsstaaten
280 die Möglichkeit zu geben stärker in klimagerechte Infrastruktur zu investieren.
281 Mit einem europäischen Investitionsfonds wollen wir über den EU Haushalt
282 Investitionen anschieben. Wir setzen uns für die Besteuerung von exzessiven
283 Übergewinnen von multinationalen Konzernen und von Finanzspekulation ein. Sie
284 sollen als Eigenmittel dem EU Budget zugeführt werden. Die Initiative von den
285 G20 Staaten Brasilien und Frankreich zur einer globalen Mindeststeuer auf extrem
286 hohe Vermögen wird von uns unterstützt.

Begründung

siehe Teil I

Unterstützer*innen

Tim Alexander Reclam (KV Lübeck); Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg); Stefan Bärenz (KV Herzogtum Lauenburg); Axel Flasbarth (KV Lübeck); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Marcus Jurkat (KV Lübeck); Mechthild Rosker (KV Herzogtum Lauenburg); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Lukas Unger (KV Pinneberg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Ruth Kastner (KV Stormarn); Monika Heinold (KV Kiel); Jasper Balke (KV Lübeck); Sascha Peukert (KV Lübeck); Stephan Wisotzki (KV Lübeck); Annegret Kranz-Kniesel (KV Lübeck); Hansjörg Diers (KV Lübeck); Tobias Preß (KV Lübeck); Marilla Meier (KV Lübeck); Birte Duggen (KV Lübeck); Anke Erdmann (KV Kiel); Patrick Pacula-Glöer (KV Lübeck); Judith Bach (KV Lübeck); Sophia Marie Pott (KV Lübeck); Steffen Regis (KV Kiel); Karl-Martin Hentschel (KV Plön); Conny Clausen (KV Flensburg); Johannes Albig (KV Kiel); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg)